

Kriegsentscheidung von Präsident Hollande ist zurzeit weitgehend unumstritten

Dreiviertel der Franzosen befürworten den Kriegseinsatz in Mali. Aber auch die Regierungskreise sehen darin eine riskante Zwangsentscheidung.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Ein Rekord: Bei einer ersten Umfrage befürworteten 75 Prozent der Franzosen den Kriegseinsatz in Mali. 23 Prozent lehnten ihn ab. Die Zustimmung, so die Meinungsforscher, liegt damit deutlich höher als bei Beginn der Militärinterventionen in Libyen 2011, Afghanistan 2001 und Kosovo 1999. Das gilt auch für die Pariser Politszene: die rot-grüne Regierung und die bürgerliche Opposition stehen geschlossen hinter der Entscheidung von Präsident Francois Hollande ó nur die linken Fundis und einzelne Persönlichkeiten sind bisher aus dem Konsens ausgeschert.

In Frankreich herrscht deswegen aber kein militaristischer Überschwang. Vor allem im Regierungslager um Hollande geht man davon aus, šdie Entscheidung des geringsten Übelsö getroffen zu haben, wie das Pariser Blatt š*Le Monde*ö schreibt. Allen Beteiligten ist klar, weshalb diese Intervention, obwohl inzwischen vom UN-Sicherheitsrat abgesegnet, von den afrikanischen Nachbarstaaten unterstützt und von der Regierung Malis erbeten, auf tönernen Beinen steht: das Regime in Mali, dem Frankreich zu Hilfe eilt, besteht aus rivalisierenden Putschisten, was vom Staat noch übrig bleibt, versinkt in Chaos, die Armee ist desorganisiert, auch in der überwiegend schwarzafrikanischen Bevölkerung Südmalis hat die soziale Unzufriedenheit den Islamisten Auftrieb verschaffen. Die malische Armee neigt zu Übergriffen gegen die hellhäutigere Zivilbevölkerung, namentlich die Tuaregs, des Nordens. Die versprochenen Unterstützertruppen anderer afrikanischer Staaten könnten Monate bis zu ihrer Einsatzfähigkeit in relevantem Ausmaß brauchen und dabei obendrein als Fremdbesatzer erscheinen. Frankreich, das im Verdacht des Neokolonialismus steht, könnte daher alleine in einen endlosen Krieg auf einem immensen, kaum überwachbaren Territorium schlittern.

Dabei hatte der Sozialist Hollande ursprünglich versprochen, die Verkuppelung zwischen Pariser Kreisen und afrikanischen Regimen aufzubrechen und sich auf keine militärischen Alleingänge einzulassen. Aber mit dem Vorstoß der Dschihadisten-Milizen aus ihrem nördlichen Wüstenrevier in das noch bestehende Staatsgebilde im Süden Malis entstand eine Zwangslage: ohne der französischen Reaktion würden die Islamisten jetzt schon in der Hauptstadt Bamako ihr šKalifatö ausrufen ó eine expansive Hochburg des Dschihads. Der beträchtliche, vermutlich überwiegende Teil der Bevölkerung Malis, der sich dieser Irrsinns Herrschaft nicht beugen will, wäre im Stich gelassen worden.

Die Entscheidung von Hollande bietet dieser Bevölkerung eine Chance. Jedenfalls hat der französische Präsident die Dschihadisten vorerst überrumpelt. Hatte doch Hollande zuvor immer nur von einer, auf Monate angelegten Vorbereitung für einer multinationalen Truppe

geredet ó dabei aber im Hintergrund einen Plan für den Soforteinsatz der französischen Armee erstellen lassen.